

Gemeinsame Presseerklärung



Kassenärztliche Vereinigung Sachsen
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Sächsische Landesärztekammer
Körperschaft des öffentlichen Rechts



Dresden, 29. April 2003: Die Vorstände der Sächsischen Landesärztekammer und der Kassenzentralen Vereinigung Sachsen haben sich in einem Gespräch über die gegenwärtige sozialpolitische und sozialökonomische Lage in der Bundesrepublik Deutschland verständigt. Probleme der medizinischen Versorgung und des ärztlichen Berufsstandes standen dabei im Zentrum der Beratungen.

Die zahlreichen ungeklärten Fragen, die sowohl die Versorgung der Patienten als auch die neuen Finanzierungsstrukturen in den Krankenhäusern und das Vergütungssystem der Vertragsärzte betreffen, verunsichern auch die ärztlichen Selbstverwaltungskörperschaften. Sie geben Anlass zur sachlichen Auseinandersetzung mit der Politik bis hin zu Interventionen bei Vorschlägen, die mit den ärztlichen Interessen unvereinbar sind. Außerdem soll die Zusammenarbeit zwischen Haus- und Fachärzten sowie zwischen niedergelassenen und angestellten Ärzten vor dem Hintergrund des diagnoseorientierten Fallpauschalensystems an Krankenhäusern und der Disease Management Programme in der ambulanten Medizin stärker befördert werden, weil mit einer Leistungsverschiebung zwischen den Versorgungssektoren zu rechnen ist.

Eingehend diskutiert wurde auch der bevorstehende Ärztemangel in Sachsen. Hier gilt es auf allen Ebenen nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Gesund-

heitszentren nach dem Vorbild der DDR-Polikliniken wurden dabei kontrovers betrachtet.

Als besonders nachteilig erweisen sich nach Auffassung der Körperschaften Diffamierungen des Arztberufs durch die Politik. Mit Schlagworten wie „Abrechnungsbetrug“ und „Vorteilsnahme“ wurde das Arztbild in der Öffentlichkeit und die Patienten-Arzt-Beziehung nachhaltig beschädigt. Zudem führt die Ökonomisierung der Medizin durch die Politik zu einer Werteverchiebung. Patienten verstehen ärztliche Leistungen verstärkt als eine Dienstleistung nach Normvorgaben.

In kontinuierlichen Gesprächen mit Vertretern aller Parteien soll auf die besondere Situation des ärztlichen Berufsstandes in Ostdeutschland hingewiesen werden. Erste Beratungen haben bereits mit Vertretern des Gesundheitsausschusses des Sächsischen Landtages und mit dem Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen stattgefunden. Weitere Termine auf Bundesebene stehen an.

Ein weiterer Diskussionsgegenstand war die Problematik der Qualitätssicherung, die nach Auffassung der Gesprächsteilnehmer ausschließlich die Aufgabe beider Körperschaften, nicht aber eines staatlichen Instituts für Qualitätssicherung oder einzelner Berufsverbände, sein kann. Die geplante Rezertifizierung von

Ärzten wird in diesem Zusammenhang abgelehnt. In die Einzelheiten gehend, wurden Qualitätssicherungs- und Schulungsmaßnahmen entsprechend der Rechtsverordnungen für die Mammographie und Koloskopie besprochen, wobei sich gerade bei der Mammographie die Schulungen nach Vorgaben der Kassenzentralen Vereinigung auch für den Krankenhaussektor öffnen lassen. Weiterhin wurde angeregt, die Dokumentationen über jährlich durchschnittlich 116.000 ambulante Operationen nach gemeinschaftlichen Kriterien auszuwerten. Zwischen der Sächsischen Landesärztekammer und der Kassenzentralen Vereinigung Sachsen wurde vereinbart, gemeinsame Projekte der externen Qualitätssicherung stärker zu verbinden. Aktuell hat sich die Notwendigkeit der intensiveren Vorsorge von Zwillingschwangerschaften herausgestellt. Um den Gedanken der Qualitätssicherung mit Nachdruck nach außen zu tragen, wird für den Herbst eine gemeinsame Veranstaltung „Qualitätsmanagement“ angestrebt.

Zum Abschluss der Beratung wiesen die Bezirksstellenvorsitzenden der Kassenzentralen Vereinigung Sachsen auf die kritische Situation des vertragsärztlichen Bereitschaftsdienstes in ländlichen Regionen hin.

Der Gedankenaustausch wurde von beiden Seiten als nützlich erachtet und soll auf dieser Ebene zu gegebener Zeit fortgesetzt werden.